Nr. 202. Freitag, den 30. August 1907. 21. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich M. 2,70, für das Ausland monatlich M. 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr Nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli bei Heinr. Koenen, Sophienstr. 44. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34, Wandsbeck. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129, Ottensen

Hierzu eine Beilage.

Der Kapitalismus und der Krieg.

Die Verhandlungen des Internationalen Sozialistenkongresses über die Mittel, den Kriegen der Zukunft vorzubeugen, geben den herrschenden Klassen Gelegenheit, sich in ihrer ganzen Unfähigkeit und Verständnislosigkeit zu zeigen gegenüber den schrecklichen Gefahren, wie sie unter dem gegenwärtigen Zustand bestehen. Es gibt sogar angesehene Blätter, die es bestreiten, daß der moderne Kapitalismus eine der Ursachen der permanenten Kriegsgefahr ist. Entweder sehen sie das wirklich nicht und dann sind sie ob ihrer Borniertheit zu bedauern, oder sie wollen es nicht sehen, und das ist noch schlimmer.

Der Kapitalismus hat das ganze Zeitalter total umgewälzt. Indem er die Verkehrsmittel zu einer Entwicklung gebracht hat, die gegenüber den Zuständen von früher märchenhaft erscheint, hat er eine weitgehende Verschiebung unter den Völkern bewirkt, die in einzelnen Zügen an die alte Völkerwanderung erinnert. Schon dadurch werden leicht Kriegsgefahren heraufbeschworen, was sich ja zur Evidenz zeigt in dem immer feindseliger werdenden Verhältnis zwischen der nordamerikanischen Union und Japan. Die Einwanderungsfrage hat dort die Situation so gestaltet, daß ein Kampf zwischen diesen beiden Mächten um die Vorherrschaft auf dem Stillen Ozean fast unvermeidlich erscheint. Und dabei ist die große Union trotz der starken imperialistischen Strömung doch immer noch kein Militärstaat in europäischem Sinne.

Der Kapitalismus hat aber auch in noch nie dagewesenem Maße die vorhandenen Produktivkräfte entfesselt. Eine ans Wunderbare grenzende technische Entwicklung hat dabei mitgewirkt und eine, man möchte sagen rasende Konkurrenz hat die Produktivtätigkeit bis zur Fieberhitze gesteigert. Die Konsumtionskraft der Kulturvölker hat damit nicht Schritt halten können und daraus ist der Expansionstrieb entstanden. Man sucht überall neue Absatzgebiete für die Ueberfülle der produzierten Waren; in überseeischen Ländern werden Handelsverbindungen geschaffen, Naturvölker werden unterworfen und ihr Land „kolonisiert“. Ueberall herrscht darin der gleiche Wetteifer. Wie leicht daraus Verwicklungen entstehen können, sieht man in Marokko; es ist nicht leicht, die verschiedenen „Interessensphären“ überall so abzugrenzen, daß Konflikte vermieden werden.

Der Kapitalismus ist es auch, der dem Militarismus seinen Rückhalt gibt. Die Bajonette und Kanonen dienen als Schutzwehr gegen die „Begehrlichkeit“ der Völker, hat einst Moltke angedeutet. Die Kosten für den bewaffneten Frieden werden auf die große Masse abgewälzt und die herrschenden Klassen haben sich mit dem Militarismus abgefunden, der ihre Vorrechte garantiert. Ehe sie diese Garantie aufgeben, setzen sie sich lieber den Gefahren eines allgemeinen Krieges aus. Bricht einmal ein solcher herein, so haben wiederum die Völker, und nicht die Bevorrechteten, den Hauptanteil an den mit einer solchen Katastrophe verbundenen Leiden und Opfern zu tragen.

Wer diesen Zusammenhang von Kapitalismus und Militarismus einmal begriffen hat, der findet es ungemein lächerlich, wenn die Gelehrten des Bürgertums der Sozialdemokratie vorwerfen, sie wolle den Kapitalismus nur zum Sündenbock machen, weil sie „nicht auf die Sache eingehen“ wolle. Es wird uns entgegengehalten, daß mit der sozialistischen Produktionsform die Kriege auch nicht sofort aufhören würden. Nun, wenn der Sozialismus den allgemeinen Frieden in der Kulturwelt garantieren soll, muß er diese erst erobert haben, und das kann nicht mit einem Male erreicht werden; auch können darüber hinaus kriegerische Verwicklungen mit rückständigen Völkern entstehen. Aber heute werden die Kriege stets im Interesse der jeweils herrschenden Klassen geführt. Wenn mit der sozialistischen Produktionsform die Klassenherrschaft aufhört, so fallen auch die hauptsächlichsten Triebfedern zum Kriege weg.

Gewiß ist an sich das Bestreben unserer bürgerlichen Friedensfreunde, die Stimmung der Völker für den Frieden zu beeinflussen und den Kriegshetzern das gemeingefährliche Handwerk zu legen, anzuerkennen; aber die Wirkung ist nur eine minimale. Auf der anderen Seite ist man aber in der bürgerlichen Welt bestrebt, die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Kriegsgefahr geflissentlich zu ignorieren, schon deshalb, weil man dem Sozialismus keine Zugeständnisse machen will. Und gewisse bürgerliche „Ideologen“ reden und schreiben zwar sehr viel vom Weltfrieden, wagen aber nicht, dem Militarismus nur einen Pfennig für seine Rüstungen zu verweigern. Dabei wird gewissen Kleinigkeiten eine übertriebene Bedeutung beigelegt. Man verweist darauf, daß Chile und Argentinien sich über eine Einschränkung ihrer Rüstungen verständigt haben. Das mag an sich ganz gut sein; wenn aber in einem dieser Staaten eine der üblichen „Revolutionen“ stattfindet, d. h. wenn irgend eine beutegierige Räuber- und Abenteurerbande sich der öffentlichen Gewalt bemächtigt, um den Staat auszuplündern, so wird sie sich den Teufel um solche Abmachungen kümmern. Und wenn nun einfach vorgeschlagen wird, solche Abmachungen auch in Europa zu treffen, so denkt man nicht an das ungeheure Mißtrauen, das zwischen den einzelnen Mächten besteht und das den englischen „Abrüstungsantrag“ im Haag so kläglich unter den Tisch fallen ließ. Wie man solche „Abmachungen“ umgehen kann, lehrt die Geschichte zur Genüge. Als Preußen von Napoleon niedergeworfen war, wurde es vertragsmäßig verpflichtet, seine Armee einen Bestand von 42 000 Mann nicht übersteigen zu lassen. Als 1813 der Fürstenfreiheitskrieg ausbrach, hatte Preußen in den dazwischen liegenden sechs Jahren sein Heerwesen so geordnet, daß es gegen 300 000 Mann ins Feld stellen konnte. Und wenn jetzt behauptet wird, Bismarck und Gambetta hätten im Jahre 1878 über eine gegenseitige Abrüstung verhandelt, so wird so ziemlich jedermann — vorausgesetzt, daß die Geschichte wahr ist — die Sache nicht sonderlich ernst nehmen. Ob sie eine persönliche Zusammenkunft gehabt oder nicht, ist gleichgültig; sie können auch auf anderem Wege verhandelt haben. Aber dann hat sicherlich der damals auf der Höhe seiner Macht stehende Bismarck den Machtjäger Gambetta auf irgend eine Weise über den Löffel barbieren wollen. Die Weltgeschichte ist auch so voller Treubrüche, daß heute niemand mehr glauben wird, wenn alle Mächte sich auf dem Papier zur Abrüstung verpflichteten, so würden auch alle dieser Verpflichtung nachkommen. Man denke nur an die russische Diplomatie!

Die Verwandlung der gegenwärtigen stehenden Heere in wirkliche Volksheere, die Ersetzung des Militarismus durch eine wirkliche Volksbewaffnung, die für Eroberungskriege nicht verwendbar ist, kann den Frieden unter den Kulturvölkern verbürgen. Wir werden dahin kommen, wenn die Völker die Lasten des bewaffneten Friedens nicht mehr tragen können, oder wenn die Greuel eines allgemeinen Krieges die Menschheit auf neue Bahnen gedrängt haben werden. Die herrschenden Klassen glauben unsere Auffassung als „Utopie“ verspotten zu können, weil sie selber nur zu ganz oberflächlichen Betrachtungen gelangen, denn sie wissen überhaupt keinen Ausweg aus der Situation. Die künftigen Geschichtschreiber werden einst die Tiefe der sozialistischen Auffassung dieser Dinge anerkennen und werden es abmessen, wie weit die Sozialdemokratie in dieser Frage den herrschenden Klassen voraus gewesen ist.

Politische Uebersicht.

Die Frage der Schifffahrtsabgaben.

In Bezug auf die Stellung der Bundesstaaten zu der Einführung der Schifffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen steht, wie die „Voss. Ztg.“ hört, keineswegs fest, daß Hamburg sich dafür entscheidet. Wir meinen, es ist nicht scharf genug zu tadeln, daß die Hamburger Regierung immer noch nicht der Forderung genügt hat, über ihre Stellungnahme zu dieser für unsere ganze Bevölkerung so wichtigen Frage der Oeffentlichkeit Mitteilung zu machen. Man weiß nicht einmal, ob sie überhaupt schon zu einer Entscheidung gelangt oder noch unentschieden ist. Der Verein deutscher Reeder hat sich bekanntlich in seinem Geschäftsbericht 1906/07 gegen die Schifffahrtsabgabe ausgesprochen.

Nach der „Voss. Ztg.“ sind im Bundesrate die Aussichten für eine Verfassungsänderung im Sinne des zu erwartenden preußischen Antrages auf Einführung der Schifffahrtsabgaben durchaus ungünstig. Es stehen nämlich nach wie vor trotz zum Teil anderslautenden Gerüchten Anhalt, Baden, Braunschweig, Hessen, Mecklenburg, Oldenburg, Lübeck, Sachsen und die Thüringischen Staaten auf einem ablehnenden Standpunkte. Ihre Stimmenzahl im Bundesrate würde genügen, um einen entsprechenden preußischen Antrag zu Fall zu bringen.

Das freisinnige Blatt rechnet mit der Möglichkeit, daß in Anbetracht dieser Tatsache Fürst Bülow auf eine solche Vorlage im Bundesrate verzichtet. Die hier geschilderte Sachlage kann doch dem Hamburger Senat kein Geheimnis sein. Um so unverständlicher ist es, daß er nicht kundgibt, wie er sich zu der Frage stellt.

Ein Steuerfinder im Zentrum.

Die Tatsache, daß das Reich im nächsten Jahre vor einem Mehrbedarf von etwa 200 Millionen stehen wird, weil ja Militarismus und Marinismus nicht die geringste Lust haben, ihrem Geldhunger einige Zügel anzulegen, hat dem Reichstagsabgeordneten Müller-Fulda, der schon von früher her, als das Zentrum noch „regierende Partei“ war, einige Fertigkeit im Steuersuchen hat, die Feder in die Hand gedrückt. Er hat eine Broschüre geschrieben: „Die Einnahmequellen des Deutschen Reichs und ihre Entwicklung in den Jahren 1872 bis 1907“. Ueber deren Inhalt berichtet die „Köln. Volksztg.“:

„Der Verfasser geht nach einer kurzen einleitenden Uebersicht über die Einnahmequellen des Reiches im Zeitraum 1871—1906, im Hauptteil ausführlich auf die einzelnen ein. Nacheinander werden die Zölle, Verbrauchssteuern, Reichsstempelabgaben, sowie die sonstigen Einnahmen (Reichserbschaftssteuer, Ueberschüsse der Reichseisenbahn-, Post- und Reichsdruckereiverwaltung, Anteil am Gewinn der Reichsbank) unter besonderer Berücksichtigung der durch den neuen Zolltarif sowie die vorigjährige Finanzreform neu geschaffenen Reichsfinanzlage zur Darstellung gebracht, worauf dann im Schlußkapitel untersucht wird, welche neue Einnahmequellen im Bedürfnisfalle in Frage kommen könnten. Als solche nennt Abgeordneter Müller (Fulda) zunächst direkte Reichssteuern (Einkommen-, Vermögens- und Wehrsteuer). Erstere beiden hält er mit Recht unter Hinweis darauf, daß sie bisher ein Reservat der Bundesstaaten sind, für wenig aussichtsvoll. Dagegen glaubt er, daß eine Wehrsteuer in angemessener Form heute die Zustimmung des Reichstages finden würde. Sodann könnte in Betracht kommen eine weitere Ausnutzung der indirekten Steuern auf Tabak, Bier und Branntwein. Für aussichtsvoll hält Herr Müller (Fulda) nur eine Reform der Branntweinsteuer, die unter Schonung der berechtigten Interessen der landwirtschaftlichen Brennereien und ohne nennenswerte Belastung des Verbrauchs Mehreinnahmen von 70—80 Millionen Mark jährlich einbringen könnte. Eine letzte Einnahmequelle, die Erweiterung der Erbschaftssteuer auf Anfälle an Kinder und Ehegatten, habe weder im Bundesrate noch im Reichstage Aussicht auf Annahme. Die Möglichkeit einer Reform der Branntweinsteuer wird eingehender begründet.“

Das Zentrumsblatt fügt hinzu: „Abg. Müller hat sich durch sein neuestes Schriftchen auf dem Gebiete des Reichsfinanzwesens um die politische Aufklärung der Zentrumswählerschaft unzweifelhaft ein Verdienst erworben.“

So arbeitet man im Zentrum mit verteilten Rollen: Abgeordneter Spahn bereitet die Zentrumsschäflein auf neue gewaltige Ausgaben für Heer und Flotte vor und Abgeordneter Müller schreibt den steuerpolitischen Kommentar dazu. Die Schar der Zentrumsgläubigen wird so auf beiden Backen zugleich eingeseift.

Abänderung der Gewerbeordnung.

Dem Bundesrat ist, wie wir schon berichteten, der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, zugegangen. Er enthält insbesondere Bestimmungen zur Ausführung der Berner Konvention über die Nachtruhe der gewerblichen Arbeiterinnen und Vorschriften über die Herabsetzung der elfstündigen Höchstarbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen auf eine zehnstündige Dauer. Ferner werden in ihm Bestimmungen zur Regelung der Hausarbeit getroffen.

Die „Berliner Polit. Nachr.“ äußern sich hierzu, wie folgt: „Wenn innerhalb der Kreise der Industrie gegen die bisherige Behandlung der sozialpolitischen Fragen im Reich manche Bedenken zu erheben waren und durch diese manche Verstimmung hervorgerufen worden ist, so lag der Grund gewiß auch keineswegs in der Richtung dieser Sozialpolitik, als vielmehr darin, daß die Arbeitgeber, insbesondere die industriellen Arbeitgeber, aus der Mitwirkung bei der Vorberatung der geplanten Maßnahmen mehr und mehr ausgeschaltet worden waren. Die Folge davon war nach der praktischen Seite, daß mehrfach die Verhältnisse und Bedürfnisse der Praxis in den Bestimmungen, namentlich insoweit nicht ausreichende Berücksichtigung gefunden haben, als es sich um Ausnahmen zu Gunsten solcher Betriebe handelte, deren besondere Bedürfnisse und Verhältnisse sich nicht ohne schwere Schädigung in den Rahmen der allgemeinen Vorschriften einpassen lassen. Außerdem und vor allem wurde durch dieses Verfahren der Eindruck hervorgerufen, als ob in sozialpolitischen Fragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht mit gleichem Maße gemessen würden, vielmehr die Interessen der Arbeitnehmer einseitig ohne Rücksicht auch auf die berechtigten Forderungen der Arbeitgeber dem Gesetzgeber zur Richtschnur dienen sollten. Wenn nach dieser Richtung jetzt eine Aenderung eintritt, so wird dies im beiderseitigen Interesse sowohl der Regierung wie der Industrie nur als sehr erwünscht bezeichnet werden müssen. Wird die Industrie mit ihren Wünschen und Auffassungen vor der Feststellung der betreffenden Gesetzentwürfe sachgemäß gehört, so werden in diesen diejenigen Härten vermieden werden, die in den letzten Jahren mehrfach in den Kreisen der betreffenden Gewerbetreibenden ernste Verstimmung hervorgerufen haben. Vor allem aber wird wieder ein volles Vertrauensverhältnis zwischen der Reichsregierung und den Industrien unseres Landes hergestellt werden, wie es im Interesse der Fortführung einer kräftigen deutsch-nationalen Politik so dringend wünschenswert ist. Sachliche und allgemeine politische Gründe wirken daher nach der Richtung hin zusammen, bei voller Aufrechterhaltung der Parole, die arbeiterfreundliche Sozialpolitik im Reiche eifrigst fortzuführen, doch ein Verfahren einzuschlagen, durch das die Arbeitgeber zur Mitwirkung bei dieser Gesetzgebung vertrauensvoll herangezogen werden.

Siehe da, wie sehr die maßgebenden Kreise bemüht sind, die Unternehmer bei guter Laune zu erhalten. Es ist übrigens nicht wahr, daß die Unternehmer ausgeschaltet worden sind. Wohl aber hat man die Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Organisationen nicht für nötig gefunden. Ihr Urteil ist nach Ansicht der „Maßgebenden“ belanglos für eine „kräftige deutsch-nationale Politik“. Die zu machen, ist das Privileg der Herren am grünen Tisch und der Kapitalisten.

Zum Wahlrechtskampf.

Im Bochumer Wahlkreise fanden am Sonntag, 25. August, drei öffentliche Volksversammlungen zur Wahlrechtsfrage statt, die sämtlich sehr gut besucht waren. In einer der Versammlungen, die in Herne stattfand und in der Genosse Wetzker das Referat übernommen hatte, erklärte in der Diskussion ein Vertreter des Zentrums, der Stadtverordnete Eisenmenger, daß es keinen vernünftigen Arbeiter geben werde, der nicht für die Forderung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts eintrete. Diesem schloß sich ein anwesender Vertreter der Christlichsozialen an. In der Versammlung in Wanne wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und der Erwartung Ausdruck gab, daß der Parteitag in Essen sich mit der preußischen Wahlrechtsfrage beschäftigen werde.

Die sächsischen Industriellen und die Wahlrechtsfrage.

Der Verband sächsischer Industrieller hat die Wahlrechtsvorlage der Regierung für eine geeignete Grundlage für ein neues Wahlrecht erklärt. Er stimmt auch der verschiedenen Bewertung der Stimmen nach ihrer Bedeutung für die Gesamtheit zu, um eine Ueberschwemmung der Kammer durch die Sozialdemokratie zu vermeiden. Schwere Bedenken hat der Verband gegen die Uebertragung der Mandate an die Bezirks- und Kommunalverbände, weil damit parteipolitische Gesichtspunkte in diese Vebände hineingetragen werden würden. Auch das Proportionalsystem in seiner jetzigen Form hält er für unglücklich gewählt, weil es den Zusammenhang des einzelnen Abgeordneten mit seinem Wahlkreis aufgebe. Das ließe sich jedoch durch andere Ausführung des Systems vermeiden: wenn man nämlich den Landwirten, die zum Landeskulturrat wählen, eine Doppelstimme gebe, so sei es gerecht, diese auch den Handwerkern und Gewerbetreibenden zu geben, auch wenn sie nicht über M. 1600 Einkommen hätten. Die Aufhebung der jetzigen Unterscheidung zwischen Stadt- und Landwahlkreisen sei die Grundlage für die Zustimmung der industriefreundlichen Abgeordneten der zweiten Kammer zu diesem Wahlrechtsentwurf.

So sucht jede der Schichten des Besitzes sich das Wahlrecht allein nach ihrem Interesse zurechtzustutzen. Das Allgemeininteresse geht dabei völlig verloren. Allen Besitzschichten kommt es ja vor allem darauf an, die Arbeiterklasse um ihren Rechtsanspruch zu prellen.

Vom Katholikentag in Würzburg.

Am Mittwoch Vormittag fand zunächst die Generalversammlung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ statt. Der Verein zählt nach dem vom Reichstagsabgeordneten Piper erstatteten Geschäftsbericht gegenwärtig 565 700 Mitglieder. Seiner Tätigkeit sang der Generalsekretär ein großes Loblied: Die Flugschriftenverbreitung sei mustergültig. Zahlreiche soziale Kurse und Konferenzen seien abgehalten worden, in denen aktuelle Themata aus den verschiedenen sozialen Gebieten behandelt worden sind. Für die katholischen Studenten seien soziale Studentenkurse abgehalten worden. Im Vorjahre seien 25 000 Volksversammlungen abgehalten worden. Junge Geistliche, die sich der Arbeit des Volksvereins widmen wollen, erhielten Stipendien zum Studium der Nationalökonomie. Der Verein habe 38 Volksbureaux und 44 Arbeitersekretariate gegründet.

Nach einer Reihe weiterer Ansprachen wurde der Vorstand neu gewählt.

In der dann folgenden dritten geschlossenen Hauptversammlung wurde über vorliegende Anträge verhandelt und beschlossen. Zunächst wurde einer angenommen, der sich mit der Fürsorge für die katholischen Rekruten befaßt, natürlich vor allem der religiösen Fürsorge. Ein weiterer einstimmig angenommener Antrag betrifft die Ab- und Zuwanderung von Arbeitern und ist darauf gerichtet, sie unter der Fuchtel der „Mutter Kirche“ zu erhalten. So sollen u. a. die zur Großstadt Abwandernden über die kirchlichen Verhältnisse derselben belehrt werden und die Adressen der Zuwandernden sollen der „Seelsorgestelle“ der Stadt mitgeteilt werden, damit sie den Pfaffen nicht aus den Fingern kommen.

In der dritten öffentlichen Versammlung sprach Geistlicher Rat Dr. Wacker-Zähringen, der badische Zentrumsführer, über „Katholizismus und Nationalität“. Ihm geht die Kirche selbstverständlich über die Nationalität und er meinte, die Kirche bewahre die Menschheit am sichersten vor den „Ausschreitungen“ der Nationalität. Eine dieser „Ausschreitungen“ sieht er im Weltbürgertum, das mit Recht als vaterlandslos bezeichnet werden könne, die andere sei die Ueberspannung der Nationalität. Im Christentum, vor allem in der katholischen Kirche, repräsentiere sich das wahre Nationalitätsprinzip. Besonders die deutsche Nation habe außerordentlich viel der katholischen Kirche zu danken. Die Katholiken seien vollwertige Glieder der Nation und wollen als solche gelten.

Dann sprach Professor Schorrer-Freiburg über „Christliche Charitas“ und der Reichstagsabgeordnete Gröber über „Katholizismus und wirtschaftliches Leben“. Ihm sind — so sagte er wenigstens seinen gläubigen Zuhörern — alle menschlichen Güter nur Mittel zur ewigen Seligkeit. Aber die irdischen Güter seien doch nicht ohne Bedeutung. (Das weiß die Kirche sehr genau. R. d. E.) Man solle die irdischen Güter nicht überschätzen und sie benutzen, um Gutes zu tun. Die Kirche verbiete nicht den Reichtum, sie weise aber auf dessen sittliche Gefahren hin. Eine „gerechte Wirtschaftsordnung“ könne nur auf dem Boden der Gerechtigkeit und Liebe erwachsen. Dann pries er die „Solidarität der Interessen zwischen Arbeitern und Unternehmern und riet ihnen, sich zu verständigen, für welchen Zweck ihm Tarifverträge als geeignetes Mittel erscheinen. Auch Arbeitskammern könnten dem Ausgleich der Interessen dienen. Staat und Kirche müßten zusammenarbeiten, um eine „gute Wirtschaftsordnung“ zu schaffen und den Mittelstand zu kräftigen sowie den Arbeiterstand zu heben. Die Frage

---

[43] (Nachdruck verboten.)

Wie Anne Bäbi haushielt.

Von Jeremias Gotthelf.

Doch es war nur eine vorübergehende Wolke, die man, ihres Kommens und Gehens gewohnt, nicht achtete. Der Freude Stern glänzte hell über dem Hause und man wußte nicht, über welchem Haupte am hellsten. Selbst über Mädi stand er, obgleich sie ihre Freude nicht viel anders zu erkennen gab, als eine Katze, der man den Balg kraut.

Das Kind war der Gegenstand der größten Bewunderung. Jakobli trug es von einem zum andern, und jeder fand neue Wunder an ihm, ein solches Kind hatte noch keiner gesehen.

Anne Bäbi konnte es nicht abwarten, bis ihr die Hebamme erlaubte, einen Brei zu kochen. Dann ging sie mit größter Feierlichkeit an den Schrank, nahm ein schönes Neues Testament heraus, das sie einst von ihrer Patin erhalten hatte, blätterte darin und sagte, wenn sie nur wüßte, wo es am besten wäre, aber es werde wohl gleich sein, und sie riß ein Blatt heraus.

„Aber Mutter, was machst?“ sagte Jakobli.

„Komm, sieh her,“ sagte Anne Bäbi, riß das Blatt in lauter kleine Stücke, streute sie in den Brei und suchte sie so gut als möglich darin zu verrühren. „Meine Mutter selig hat's an mir gemacht,“ antwortete sie auf Jakoblis verwundertes Gesicht, „und ich habe es bei Dir gemacht, und beide Mal hat's nicht gefehlt und ist gut gekommen. Wenn man einem Kinde von diesem Brei zu essen gibt, so wird's fromm und tugendhaft. Ich habe meiner Mutter seither manchmal dafür gedankt, daß sie die Mühe nicht gescheut hat an mir, besonders wenn ich so sah, was für schlechte Leute es geben kann. Und wenn ich vielleicht sterben sollte und Ihr bekommt noch mehr Kinder, — zu viel begehre ich nicht, das muß ich sagen — vergiß das nicht, rühre ein Blatt aus dem Neuen Testament in den ersten Brei. Es ist einerlei, wo Du's wegnimmst, ob hinten oder vorne.“

Man glaubt gar nicht, was so ein kleines Ding in einem Hause, wo lange kein kleines Kind gewesen ist, für einen Rumor und Randal macht. Alles hat nur mit ihm zu tun, alle Ohren sind beständig gespannt, und ertönt nur der kleinste Klagelaut, so springt alles auf, wie eine Räuberbande auf den Pfiff ihres Hauptmanns.

So ging es bei Jowägers, und alle hatten soviel mit dem kleinen Ding zu tun, daß es nur gut war, daß sie nicht schon in der Ernte waren; sie hätten dazu nicht Zeit gehabt. Es soll manchmal drauf und dran gewesen sein, daß Sami oder Hansli ans Windelwaschen mußten.

Die Hebamme soll zu anderweitigen Vertrauten geäußert haben, so etwas hätte sie noch kaum gesehen, und wenn ein Kronprinz geboren worden wäre, sie könnten nicht ärger tun; man wisse nicht, wer närrischer. Aber es werde wohl auch noch anders hergehen, wenn erst eins nach dem andern komme.

Wir wollen davon nicht weiter erzählen, sondern gleich zum Tauftag springen. — Am auserwählten Sonntag fuhr früh ein Wagen vor Jowägers Haus, ein munteres Mädchen sprang rasch ab und schüttelte gar herzinnig Meyeli die Hand. Es war Röseli, die Wirtstochter, die zur Patin auserwählt worden war. Meyeli hatte schon lange ein sehnlich Verlangen nach ihr gehabt, aber seit ihrem Hochzeitstage sie nicht wiedergesehen.

Sie dachte daran, sie zur Gotte zu nehmen. Aber Anne Bäbi hatte sich geäußert, wenn man sie etwa zur Gotte haben wolle, so wäre es ihr recht. Da schwieg Meyeli und zerdrückte ihren Wunsch.

Da sagte eines Morgens Anne Bäbi, sie sollten sich nur nach einer andern Gotte umsehen, sie wolle nichts damit zu tun haben.

„Je, Mutter, warum nicht?“ sagte Jakobli, „wir haben auf Dich gerechnet; und wen sollen wir jetzt noch nehmen?“

„Nimm, wen Du willst, aber ich will nicht. Ich habe diese Nacht einen Traum gehabt, der hat es mir verleidet; nicht um viel Geld wollte ich alle Nächte solchen ausstehen. Zuerst war es mir, als täte ich Flöhe fangen, und je mehr ich fing, desto mehr sprangen an mir herum, es war alles schwarz. Und dann hatte ich Sonntagszeug an und hatte ein Kind auf dem Arm, das wollte ich zur Taufe tragen. So wie ich vor die Kirchtür kam, war es mir, als drehe mich jemand um, und ich sollte rücklings in die Kirche hinein. Lange wehrte ich mich, aber immer war wieder der Stärkere voran, und endlich mußte ich doch so hinein, und alle Leute sahen so wunderlich auf mich, und da stolperte ich und fiel mitsamt dem Kinde schredlich um. Da erwachte ich, war bachnaß und wußte lange nicht, war's oder war's nicht. Nun, es war gottlob nicht, sondern bloß geträumt, aber Gotte sein will ich nicht, nehmt meinetwegen, wen Ihr wollt. Es weiß kein Mensch, was mir begegnen könnte.“

Als man in Verlegenheit war, wen nun nehmen, äußerte endlich Meyeli ihren Wunsch, und allen war's, als ginge ihnen ein Licht auf und als könnte niemand anders Gotte sein als Röseli. Sogar Anne Bäbi sagte, es sei ihr recht; sie möchte das Teufels-Mädchen auch einmal sehen, die die Leute zum Pfarrer jage, einerlei, ob sie wollten oder nicht. Jetzt wolle sie ihr gewiß die Sache nicht vorwerfen, im Gegenteil, es sei ihr recht, daß es so gekommen. Aber wenn es nicht gut gegangen wäre, so hätte sie der doch einmal wüst sagen wollen, und das vaterländisch, und einerlei wo, im Wirtshaus oder in der Kirche, auf dem Markt oder auf der Straße.

Jakobli mußte selbst hin und Röseli einladen. Schon von weitem hatte ihn Röseli kommen sehen, stand unter der Tür und rief ihm entgegen: „Du kommst daher, als ob Du zu Leiche oder zu Gevatter bitten wolltest. Nu geschwind, komm und sag', welches von beiden, doch so Gott will, das letzte.“

„Und es geht gut bei Euch, wie ich gehört habe, wenn Ihr schon keinen Laut mir habt apart zukommen lassen. Aber so lange es Kiepenkerle gibt, Lumpensammler und Schwamm-Frauen, weiß man immer, was es einige Stunden im Umkreise passiert, wenn man's wissen will.“

„Sogar Deine Alte hat sich zufrieden gegeben und die Schwiegertochter nicht gefressen, wie ich anfangs fürchtete. Das war aber auch ihr Glück; ich habe gut aufpassen lassen, und — mein Seel'! — wenn die Alte den Unflat gemacht hätte, Du den Fösel und der Alte den Duckmäuser, ich wäre selber gekommen und hätte Euch gesagt, was Ordnung wäre und wie's gehen müßte, daß Ihr's dann gewußt hättet. Oder ich hätte Euch Meyeli wieder weggenommen; kujonieren hätte ich sie denn doch nicht lassen.“

„Also zur Gotte willst Du mich? Du hast noch mehr Verstand als man Dir ansieht. Aber nicht wahr, Du hast ihn nicht gehabt, sondern Deine Frau? Glaube übrigens nicht, daß ich nicht käme, o Jere, das täte ich Dir nicht zu Gefallen, und auch Deiner Alten nicht, die sieht mich doch ungern. Oder ist sie vielleicht neugierig, die einmal zu sehen, die ihrem Buben zu einer Frau geholfen hat?“

Herzinnig freute sich Meyeli auf Röseli, freute sich, sie zu sehen, ihr alles zu zeigen, ihr Kind, Haus und Hof, Garten und Speicher, und ihr zu rühmen, wie gut man gegen sie sei.

„Aber, Herr Jemer, wie siehst Du aus!“ sagte Röseli zu der Freundin und hielt sie bei der Hand. „Ich hätte Dich nicht wiedererkannt, so leidend siehst Du aus. Ist's so bös gegangen oder geben sie Dir nicht genug zu essen? — Seid mir willkommen, Mutter und zürnt nicht; ich bin zwar eine Unverschämte, meine es aber trotzdem nicht bös. Ich packe aus; das hinter der Tür zeigen liebe ich nicht. Aber, nicht wahr, ich habe Euch zu einer feinen Schwiegertochter verholfen? Zu so einer wäret Ihr Euer Lebtag nicht gekommen. Ein wenig rauh habe ich es mit dem Gelde gemacht, aber die da haben's mir so gesagt, und ich habe gemerkt, daß Ihr's habt. Aber wütend werdet Ihr anfangs über mich gewesen sein, nicht wahr?“

He, das wäre auch nicht zu verwundern gewesen, daß sie ein wenig ärgerlich geworden sei, sagte Anne Bäbi; Röseli hätte die Sache wirklich ein bißchen stramm gemacht. Aber weil es gut gegangen, so seien sie längst zufrieden.

Das resolute, kuraschierte Wesen von Röseli gefiel Anne Bäbi ausnehmend, und sie sagte es ihr selbst. „Wenn ich noch einen Buben hätte — sagte sie — so müßte es nicht zu machen sein, oder er müßte Dich nehmen.“

„Daraus gäbe es nichts, ich will es Euch nur geradeaus sagen, Mutter,“ sagte Röseli. „Ich und Ihr, wir würden einander beim Kopf nehmen, ehe vierzehn Tage um wären. Ich lasse mir nicht gern befehlen, und was ich im Kopfe habe, ist mir nicht in den Beinen. Und soviel ich gemerkt habe, hat in einem Hause zum Regieren niemand Platz neben Euch, und wenn der Bube noch Jakobli gliche, so gäbe es aus der Sache erst recht nichts. Wenn ich heirate, so will ich einen kuraschierten Mann und eine freundliche gutmütige Schwiegermutter. Eine kuraschierte Schwiegermutter und ein gutmütiger Mann, das ist das Schlimmste was man erheiraten kann; ein steinichter Hof und ein gelöchertes Haus wäre mir zehnmal lieber.“

„Warum?“ fragte Anne Bäbi.

„He, das ist ganz natürlich,“ sagte Röseli. „Ein gutmütiger Mann wäre ans Gemeisterwerden durch die Mutter gewöhnt und würde meinen, ich sollte durch's gleiche Loch, und wenn ich auch mitreden wollte, so würde er meinen, der Fehler sei an mir,